

Ein Schatten über der Infrastruktur-Bank AIIB

Der heutige Chef der Bank scheint auf seinem früheren Posten Gelder sehr unbekümmert verteilt zu haben

«Lean, clean and green» soll die von den Chinesen dominierte Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) arbeiten. Dass es der Chinese an der Spitze der Bank damit nicht immer so genau genommen hat, zeigt seine Vergangenheit.

MATTHIAS MÜLLER, PEKING

Die Skepsis war allerorten gross, als die von China dominierte Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB), der die Schweiz seit 25. April offiziell angehört, ihre Arbeit aufnahm. Würden die Chinesen ihr Versprechen wahr machen und bei den Projekten soziale sowie ökologische Standards einhalten? Bisher gab sich die AIIB mit dem Chinesen Jin Liqun, der einen guten Leumund genießt und erfahren ist an der Spitze, alle Mühe, die Bedenken zu zerstreuen.

«Lean, clean and green»

Zu den vertrauensbildenden Massnahmen zählt, dass sich die neue Bank mit der von den USA dominierten Weltbank und der unter japanischer Führung stehenden Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) darauf verständigt hat, Projekte gemeinsam zu finanzieren. Ein erstes Vorhaben von AIIB und ADB ist ein 64 Kilometer langes Autobahnstück in Pakistan. Der an der National University of Singapore forschende Huang Jing sagte jüngst beim Stars-Symposium in Chengdu, das Abkommen mit der Weltbank zeige, dass die AIIB sich an die international gängige Praxis bei Ausschreibungen halten werde.

Der erste AIIB-Chef verwendet gerne die drei Schlagworte «lean, clean and green». Darunter versteht Jin Kosteneffizienz, Nulltoleranz gegenüber Korruption sowie nachhaltige Investitionen. Zumindest auf dem Papier macht sich der Verhaltenskodex gut. Allerdings zeigt ein Blick in die Vita Jins, dass er es mit «lean and clean» nicht immer so genau genommen und Länderrisiken ausgeblendet hat, obwohl er es hätte besser wissen müssen. Eine akribische Herangehensweise ist für die AIIB jedoch zentral, denn sie wird in politisch instabile Regionen investieren, bei denen genau hinzuschauen sich lohnt. Sonst versanden Gelder – auch die des Schweizer Steuerzahlers.

Der 1949 geborene Chinese war von August 2003 bis Mai 2008 stellvertretender Chef der ADB. In diese Amtszeit fiel die Kreditvergabe an zwei kasachische Banken, die sich später als Fiasko erwei-



Der Chinese Jin Liqun, Präsident der AIIB, hat eine nicht ganz unbefleckte Karriere hinter sich.

WU HONG / EPA

sen sollte: Erstmals in ihrer Geschichte war die ADB gezwungen, einen Schuldenschnitt zu tätigen. Als das Unvermeidliche eintrat, hatte sich Jin jedoch längst aus dem Staub gemacht. Er stand später seinem einstigen Arbeitgeber auch nicht für Gespräche zur Verfügung, in denen die ADB das Kasachstan-Abenteuer aufarbeitete, um daraus Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Die Lehren sind in dem im Oktober 2011 veröffentlichten Papier «Lessons Learned Analysis – KAZ: Alliance Bank, Alliance Bank DPR, and BTA Bank» zusammengefasst, das man inzwischen jedoch erfolglos im Netz sucht. Aus dem 19 Seiten langen Dokument geht hervor, welch desaströse Arbeit Jin und sein Team leisteten und wie sie interne sowie externe Warnungen ignorierten.

Widerstände in der ADB

Den Zahlungsausfällen ging die Zusammenarbeit der ADB mit den beiden kasachischen Banken JSC BTA Bank (BTA) sowie Alliance Bank voraus. Sie hatten 2006 von der Asiatischen Entwicklungsbank Kredite erhalten. Kasachstans Wirtschaft hing am Tropf der Rohstoffexporte. Die ADB wollte mit

den Geldern für die Banken kleine und mittelständische Firmen fördern, um Kasachstan eine neue wirtschaftliche Grundlage zu geben und die Abhängigkeit von den Rohstoffen zu verringern.

Allerdings regten sich bereits zu Beginn der Gedankenspiele in der ADB Widerstände. Die hausinternen Kritiker verwiesen auf diverse Risiken. So hatte die Kreditvergabe der BTA in den Jahren 2003 bis 2005 in der Spitze um bis zu 85% jährlich zugelegt. Noch stärker war die Expansion der Alliance Bank. Deren Kreditvergabe schoss allein 2005 um 235,6% in die Höhe. Wenn Banken so schnell wachsen, ist es nicht länger möglich, den Bestand an notleidenden Krediten zu erfassen. Die wirklichen Probleme des schwindelerregenden Kreditwachstums in Form von Zahlungsausfällen zeigen sich oft erst Jahre später.

Kriminelle Machenschaften

Die beiden kasachischen Banken finanzierten damit etwa Bauprojekte im boomenden kasachischen Immobiliensektor. Hinzu kamen kriminell anmutende Investitionen der Eigentümer der beiden Banken, bei denen die persönliche Wohlstandsmehrung im Vordergrund

stand. Die wahre Eigentümerstruktur war offiziell zwar nicht bekannt, da sie von kasachischer Seite bewusst verschleiert worden war, um nicht gegen Gesetze zu verstossen. Allerdings war es ein offenes Geheimnis, wer hinter den beiden Partnerbanken der ADB steckte. Informationen gab es, nur das Team um Jin ignorierte sie.

Zumindest ein Punkt hätte den Chinesen stutzig machen müssen, weil das Dilemma unübersehbar war: In beiden Banken waren die verantwortlichen Köpfe Jungspunde, die über wenig Erfahrung verfügten. Bei der Alliance Bank waren der Chef und sein Stellvertreter jeweils 33 Jahre alt; bei der BTA sah es nicht besser aus. Das Spitzenmanagement verfügte über keinerlei Know-how, wie und wann eine Bank das Kreditgeschäft drosseln und wie sie auf einen Abschwung reagieren sollte. Die Saat für die kommenden Probleme in Form einer unzureichenden Governance war gesät – dann gerieten die Banken in wirtschaftliche Turbulenzen.

Um das Wachstum zu finanzieren, hatten sie sich Gelder von internationalen Banken und Kapitalmärkten besorgt. Es kam, wie es kommen musste. Zunächst trübte sich der kasachische

Immobilienmarkt ein, und als die internationale Finanzkrise von den USA aus weltweit ihre Kreise zog, waren internationale Geldgeber nicht länger bereit, den beiden Banken Kapital zu geben. Im April 2009 stellte die BTA ihre Tilgungszahlungen ein, wenige Wochen später konnte die Bank nicht länger die Schuldzinsen begleichen. Die Alliance Bank erlitt das gleiche Schicksal. Beide waren pleite.

Die kasachische Regierung schritt zwar ein und erwarb durch den Staatsfonds Samruk-Kazyna 75% des BTA-Aktienpakets; der Anteil an der Alliance Bank belief sich auf 67%. Allerdings mussten beide kasachischen Banken mit ihren Gläubigern über einen Schuldenschnitt verhandeln. Im Rahmen des kasachischen Abenteuers soll die ADB mehr als 100 Mio. \$ verloren haben, heisst es hinter vorgehaltener Hand. In einer öffentlich zugänglichen Bewertung der ADB über die Kreditvergabe des eigenen Hauses an die BTA schreiben die Autoren: «Overall, the project is assessed unsuccessful.» Dieses Urteil ist angesichts des Schadens und des dilettantischen Vorgehens des Teams um Jin noch als schamlose Untertreibung zu bewerten.

Steiler Karriereweg

Jin war als verantwortlicher Kopf für die Kreditvergabe innerhalb der ADB diverse Male vor den Risiken gewarnt worden. Er wischte die Bedenken achtlos beiseite. Der Chinese unterschrieb eines Morgens das Abkommen, obwohl er am Tag zuvor in einer Sitzung noch Bedenken geäussert und weitere Informationen gefordert hatte. Jene Personen, die später innerhalb der ADB damit beauftragt waren, den Fall unter die Lupe zu nehmen, wurden wegen ihrer akribischen Herangehensweise gemässregelt und dezent auf mögliche negative Auswirkungen für die spätere Karriere im Haus hingewiesen. Wenig verwunderlich, dass der vom Spezialisten für Risikomanagement, Don Lambert, verfasste Bericht «Lessons Learned» aus den Weiten des Internets verschwand.

Jin verliess die ADB, bevor die Gewitterfront aufgezogen war. Seine spätere Karriere zeigt, dass Achtlosigkeit und Verluste in Millionenhöhe einem steilen Aufstieg nicht im Wege stehen müssen. Bleibt zu hoffen, dass der Chinese in seinem neuen Amt genauer hinschaut und auf mahnende Stimmen hört. Die AIIB wird in Regionen investieren, in denen es manche Geschäftspartner nicht ganz so genau nehmen werden. Das Kasachstan-Abenteuer der ADB dient als mahnendes Beispiel.

Kein sicherer Hafen für Steueroasen

Ökonomen fordern vor Londoner Anti-Korruptions-Konferenz mehr Transparenz in der Finanzbranche

Auf Initiative der Nichtregierungsorganisation Oxfam haben 300 Ökonomen einen Brief verfasst, in dem sie ein Ende von Steueroasen fordern. Adressat ist eine bevorstehende Anti-Korruptions-Konferenz in London.

gho. London · Im Vorfeld einer Anti-Korruptions-Konferenz in London haben sich mehr als 300 Ökonomen aus rund 30 Ländern für ein Ende von Steueroasen ausgesprochen. Diese erfüllten keinen sinnvollen ökonomischen Zweck und leisteten keinen Beitrag zum allgemeinen globalen Wohlstand, hiess es in dem Brief der Ökonomen, die von der Nichtregierungsorganisation Oxfam zusammengetrommelt worden waren. Unter den Unterzeichnern befinden sich der Nobelpreisträger Angus Deaton, der Kapitalismuskritiker Thomas Piketty, der frühere IMF-Chefökonom

Olivier Blanchard sowie der Entwicklungsökonom Jeffrey Sachs. Daneben konnten vor allem italienische Ökonomen – aus welchem Grund auch immer – dafür gewonnen werden. Sie machen über einen Drittel der Unterstützer aus.

Mit dem Brief soll Druck auf die Teilnehmer der von der britischen Regierung initiierten Konferenz gemacht werden. London sei dafür prädestiniert, mit gutem Vorbild voranzugehen, weil Grossbritannien über rund ein Drittel aller Steueroasen die Kontrolle ausübe. Damit sind die britischen Überseegebiete wie die Britischen Jungferninseln und die Kronbesitzungen wie Guernsey und Jersey gemeint. Mit dem Vorgehen gegen Steueroasen soll Korruption erschwert werden, während für Staaten die Möglichkeiten zur Besteuerung ausgeweitet werden sollen.

Vertrauen in Selbstdeklaration

In dem Brief werden zwei Massnahmen genannt, um gegen die verschwiegene

Welt der Briefkastenfirmen vorzugehen: Erstens sollen auf globaler Ebene Konzerne dazu verpflichtet werden, öffentlich aufzuschlüsseln, wo und wie viel Steuern bezahlt werden. Zweitens werden öffentliche Firmenregister gefordert, die den wirtschaftlich Berechtigten einer Firma aufzeigen. Briefkastenfirmen werden oftmals gegründet, um den tatsächlichen Besitzer zu verschleiern.

Im Nachgang zu den Enthüllungen der sogenannten Panama-Papiere haben die Bekenntnisse zu mehr Transparenz zugenommen: Vor kurzem lancierten die Finanzminister Deutschlands, Grossbritanniens, Frankreichs, Spaniens und Italiens eine Initiative, einen automatischen Informationsaustausch über die Besitzverhältnisse bei Firmen zu starten. Dazu sollen Register oder andere Mechanismen aufgebaut werden, um die Besitzer von Firmenkonstruktionen zu identifizieren. Diese Informationen sollen den Steuer- und Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung stehen. Eine neue EU-Vorschrift sieht dies bereits vor. Gross-

britannien ist weiter gegangen und will ein öffentlich zugängliches Firmenregister aufbauen. Die EU ist zudem auf dem Wege zum «gläsernen Konzern» und will eine öffentliche länderbezogene Berichterstattung einführen.

Kontrolle ist besser

Das Nutzen von Steuerschlupflöchern ist jedoch in den meisten Fällen legal und wird teilweise gar von Staaten gefördert. Die Rhetorik der Politik entspricht häufig nicht den Taten. Grossbritannien verlangt offenbar von den Überseegebieten und Kronbesitzungen nicht, dass die für die Behörden verfügbaren Firmenregister öffentlich einsehbar sind. Es wird aber auch kritisiert, dass eine Selbstdeklaration ohne Überprüfung die Nützlichkeit öffentlicher Register hintertreibt. Einige britische Offshore-Zentren argumentieren deshalb, dass ihr Modell, bei dem die Intermediäre den wirtschaftlich Berechtigten zertifizieren müssten, besser sei.

EZB erhöht Tempo ihrer Anleihekäufe

(Reuters) · Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihre in Deutschland umstrittenen Anleihekäufe ausgeweitet. In der Woche bis zum 6. Mai wurden Staatspapiere der Euro-Länder im Volumen von 19,77 Mrd. € erworben, wie die EZB am Montag mitteilte. In der Woche zuvor waren es Käufe im Umfang von 17,6 Mrd. € gewesen. Die Staatsanleihekäufe der EZB und der nationalen Notenbanken summieren sich damit inzwischen auf 746,29 Mrd. €. Das Programm – Pfandbriefe und Hypothekendarlehen eingeschlossen – soll bis mindestens Ende März 2017 laufen und dann ein Volumen von rund 1,74 Bio. € erreichen. Die Euro-Wächter hatten im März beschlossen, ab April die monatlichen Käufe von 60 Mrd. auf 80 Mrd. € aufzustocken. Mit den Transaktionen will die EZB Staatsanleihekäufe für Banken unrentabel machen. Sie sollen stattdessen mehr Kredite an die Wirtschaft vergeben, was die Konjunktur und die Inflation etwas anstossen soll.